

Auszug aus dem Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Gemeindevertretung am 11.12.2008

In der Frage des Baus der Eisenbahnüberführung gibt es einen neuen Sachstand seit dem 27.10.2008. Näheres werde ich aufgrund der Anfrage des Gemeindevertreters Wilhelm von der SPD Fraktion unter Anfragen der Gemeindevertreter dazu ausführen.

Der Brückenneubau zwischen Birkenallee und Stauffenbergallee konnte vorfristig abgeschlossen werden. Damit entfällt die Umleitung über die Bansiner Allee. Mit dieser Fertigstellung der Brücke sind nun alle Grundstücke innerhalb der Ortslage Rangsdorf entsprechend den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften uneingeschränkt erreichbar. Eine Tonnagebeschränkung gilt für diesen Bereich nun nicht mehr.

Der Erweiterungsbau an der Oberschule liegt zeitlich und finanziell im Plan, sodass wir davon ausgehen im Frühjahr nächsten Jahres den neuerrichteten Gebäudeteil beziehen zu können.

Für den Um- und Ausbau des großen Hauses der Kita „Spatzennest“ wurden inzwischen Detailvorschläge zur Baudurchführung erarbeitet, insbesondere wie der Bau und der laufende Kita - Betrieb in Einklang gebracht werden können. Darüber wird Anfang Januar mit dem Personal in der Kita, dem Kita -Ausschuss und den Eltern beraten werden.

Beim Ausbau der Seebadallee konnten die zeitlichen Verzögerungen im Bereich der Anbindung der Birkenallee zum großen Teil wieder aufgeholt werden. Im Bereich nördlich der Kirche waren wesentlich weniger Leitungen und Kabel vorhanden. Ein Teil davon musste im Gehwegbereich umverlegt werden, was durch die verschiedenen Medienträger selbst durchgeführt wurde. Im Vorfeld dazu musste zu jeder einzelnen Umverlegung Einvernehmen erzielt werden. Dieses Einvernehmen kann natürlich erst nach Bekanntwerden des Problems hergestellt werden. Das Problem taucht in der Regel erst auf, wenn die Straße aufgebrochen ist, d. h. die konkrete Lage der Medien festgestellt wurde. Zum am Wochenende stattfindenden Weihnachtsmarkt wurde der Abschnitt nördlich der Kirche komplett fertig gestellt. Der Ausbau der Seebadallee wird nach Frostfreiheit im Jahre 2009 fortgesetzt werden.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird die Gemeinde Rangsdorf für den 2. Bauabschnitt der Seebadallee im Jahre 2009 Fördermittel bekommen.

Im Ortsteil Groß Machnow wurde im Oktober die alte Trafostation auf dem Dorfanger durch die E.on edis abgerissen. Die Grünanlage wurde entsprechend vergrößert sowie Eichen zur Fortführung der Alleereihe als Ausgleichsmaßnahmen für die Seebadallee gepflanzt.

Der Winterdienst hat bisher gut funktioniert. Einzelne Probleme gab es mit den Abläufen in der Seebadallee, bei denen bei einsetzendem Tauwetter dann das lose Laub eingespült wurde und die Abläufe am Wochenende nicht mehr gereinigt werden konnten. In den Hauptverkehrsstraßen wird von der beauftragten Firma im Winterdienst eine Feuchtsalzlösung aufgebracht. Diese sollte nicht mit dem früher üblichen Verfahren verwechselt werden, es wird keine Salzlauge (Magnesiumchlorid) aufgebracht. Der Einsatz von Feuchtsalz ist laut einer im Auftrag des Bundesumweltamtes erarbeiteten Studie im Vergleich zu Splitt deutlich ökologischer und wirtschaftlicher.

Am Volkstrauertag wurde, wie von der Gemeindevertretung beschlossen, ein Kranz am Gedenkstein auf dem Friedhof Klein Kienitz niedergelegt.

Der Fußboden in der Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr in Rangsdorf wurde in den letzten Wochen zum Teil grundhaft erneuert. Die vor mehr als einem Jahrzehnt eingebauten Fußbodenstärken haben die heutigen Feuerwehrfahrzeuge mit ihrer Tonnage nicht mehr

ausgehalten, sodass es zu starken Absackungen kam. Aus Unfallschutzgründen war dringend Abhilfe zu schaffen.

Im November wurden vor dem Verwaltungsgericht Potsdam eine Klage in der Frage eines Duldungsbescheides zum Ausbau des Pappelweges und mehrere Klagen gegen die Beiträge zum Ausbau der Walther-Rathenau-Straße behandelt. Der Duldungsbescheid, der gegen den inzwischen auch ehemaligen Grundstückseigentümer erlassen wurde, weil der ursprüngliche Eigentümer, der mit der Gemeinde einen Vergleich abgeschlossen hatte, Insolvenz angemeldet hatte, wurde nach den Hinweisen des Gerichtes aufgehoben. Die ehemalige Gemeinde Groß Machnow hatte für den Ausbau des Pappelweges wegen der damals allgemein vertretenden Rechtsmeinung Straßenausbaubeiträge erhoben, weil zum Tag des Beitritts der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik die überwiegende Länge der öffentlichen Straßen in dieser Form „naturbelassen befestigt“ war. Nach der Rechtsprechung aus dem Jahr 2007 wären Neuerschließungsbeiträge für den Pappelweg zu erheben gewesen. Die entsprechenden Ansprüche für Neuerschließungsbeiträge sind in der Zwischenzeit verjährt. Das Erheben von Neuerschließungsbeiträgen hätte die Kosten für die Anlieger fast verdoppelt. Für die Walther-Rathenau-Straße wurden die von den Klägern vorgebrachten Begründungen durch die Richterin verworfen. Insbesondere ist der Zuschuss der GEWOBAG zuerst einmal dem Gemeindeanteil der Finanzierung wie ein anderer Zuschuss Dritter zuzurechnen und nicht dem Anteil der Beitragspflichtigen. Weiterhin war ein Ausbau rechtmäßig, weil die Straße vom Gebrauchswert abgeschrieben war und nicht den heutigen Anforderungen im Straßenaufbau entsprach. Die Gemeinde Rangsdorf hat insgesamt also hier rechtmäßig gehandelt.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Rangsdorf hatte zum Bericht zur Lärmaktionsplanung beschlossen, sich an den Landtag des Landes Brandenburg, den Petitionsausschuss, zu wenden, um Lärminderungsmaßnahmen für den Autobahnabschnitt im Bereich der Ortslage Rangsdorf und der Ortslage Klein Kienitz zu erreichen. Für die Autobahn ist der Straßenbaulastträger die Bundesrepublik. Die Verwaltung dieser Straßenbaulast erledigt das Land Brandenburg im Auftrag der Bundesrepublik. Im Rahmen dieser Verwaltung hat hier das Land Brandenburg zu entscheiden, ob Lärminderungsmaßnahmen wie Lärmschutzwände und ähnliches nötig sind und entsprechende Bauten zu veranlassen. Der Landtag kontrolliert die Tätigkeit der Landesverwaltung. Die Antwort des Petitionsausschusses erhalten Sie beiliegend. Danach wird uns der Chef der Staatskanzlei ausführlich über die zugrunde liegende Sach- und Rechtslage im Einzelnen unterrichten.

Der Landesbetrieb für Straßenwesen beabsichtigt die neue Ausschilderung im Bereich der B 96 in diesem Jahr zu errichten, zu mindestens wurde uns der Kostenanteil der Gemeinde Rangsdorf in Rechnung gestellt und erste Fundamente erstellt. Ziel der neuen Beschilderung ist es unter anderem den LKW-Suchverkehr nach den Gewerbegebieten „Theresenhof“ und „Am Heideberg“ weitestgehend aus der Ortslage Rangsdorf herauszuhalten.

Wegen der teilweise vorhandenen Unkenntnis zu der bestehenden Beschlusslage zum Bau eines Rathauses in der Seebadallee habe ich Ihnen den entsprechenden Beschlusstext, so wie er im Allgemeinen Anzeiger am 14.12.2006 nachzulesen war, in Kopie dem Bericht beigelegt. Als Bürgermeister bin ich verpflichtet die Beschlüsse der Gemeindevertretung auszuführen. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Rangsdorf hat im Jahre 2006 einstimmig, d. h. mit den Stimmen aller Fraktionen einen Beschluss zur Entwicklung des Zentrums von Rangsdorf gefasst. Darin heißt es u.a. dass die Gemeinde daraufhin hinwirken wird, dass öffentliche Infrastruktureinrichtungen, wie ein Verwaltungsgebäude der Gemeinde in der Seebadallee bzw. im Bereich der Seebadallee, errichtet werden. Würde ich als Bürgermeister nun an anderen Stellen über ein Rathaus verhandeln als in dem genannten Bereich, würde ich gegen den geltenden Beschluss der Gemeindevertretung handeln. Sie könnten mich dafür zu Recht kritisieren und die Verletzung meiner mir obliegenden Aufgaben bemängeln. Der Beschluss schließt Verhandlungen der Gemeinde Rangsdorf über einen

Standort eines Rathauses außerhalb des Bereiches der Seebadallee aus. Die öffentlich gestellte Frage von Gemeindevertretern, welche Verhandlungen wir als Verwaltung zum Bau eines Rathauses im Bereich Kienitzer Straße / Am Stadtweg geführt haben, kann nur rhetorisch gemeint sein. Ebenso denke ich, dass die Anfrage ob ein Rathaus auf dem Platz der Deutschen Einheit gebaut werden sollte, nur rhetorisch gemeint war. Nach dem genannten Beschluss ist für den Platz der Deutschen Einheit die Möglichkeit des Aufenthaltes für Bürger der Gemeinde zu ermöglichen. Es sind Gestaltungskonzeptionen für den Bereich Dorfanger und den Platz der Deutschen Einheit zu erarbeiten und es ist dabei die Errichtung von öffentlichen Spielplätzen zu berücksichtigen. Die Gestaltungskonzeption wurde in der Einwohnerversammlung im September 2008 der Öffentlichkeit für den Platz der Deutschen Einheit vorgestellt. Das auf dem Platz der Deutschen Einheit ein Spielplatz errichtet werden soll, ist übrigens ein Vorschlag des Ortsverbandes Bündnis 90/Die Grünen Rangsdorf, die im Rahmen einer Anfrage auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 01.06.2006 unter Punkt 15 dies vorgeschlagen haben. Auch hierzu erhalten Sie als Anlage die entsprechenden beiden Seiten des Allgemeinen Anzeigers vom 19.10.2006 in dem die Beantwortung und die Anfrage abgedruckt wurden.

Ebenfalls erhalten Sie als Anlage ein Schreiben des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg an einen Rangsdorfer Bürger. Der Bürger schien sich über verschiedene Dinge in Rangsdorf beschwert zu haben. Das Ministerium hat dem Bürger daraufhin mitgeteilt, dass die Naturschutzbehörden es durchgesetzt haben, dass die Ausrichtung von Feuerwerken auf dem Grundstück des Seebad Casinos unterbleibt. Weiterhin wurde dem Bürger mitgeteilt, dass die Kitesurfschule Sunkite auf Grund des Einschreitens der Unteren Naturschutzbehörde ihre Tätigkeit am Rangsdorfer See eingestellt hat. Nach diesem Schreiben greift das entsprechende Ministerium (bzw. nachgeordnete Behörden), das geführt wird von Herrn Minister Woidtke (SPD), massiv in die touristische Entwicklung in Rangsdorf ein. Andererseits gibt es zu dem Naturschutzgebiet Rangsdorfer See nach wie vor, trotz mehrmaliger schriftlicher Mahnung, keinen entsprechenden Entwicklungs- und Pflegeplan, der einen langfristigen Erhalt des Naturschutzgebietes auch sicherstellen würde. Diese Pläne sind eine der Grundbedingungen, um eine Sanierung des Rangsdorfer Sees irgendwann einmal angehen zu können.

Im Land Brandenburg hat sich eine neue Eltern-Initiative gebildet, deren Ziel es ist, den Personalschlüssel in den Kitas zu verbessern. Nach den Brandenburger gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen, kommen für die unter drei jährigen Kinder auf eine Erzieherin ca. 8 bis 9 Kinder in der praktischen Ausführung und für die über dreijährigen Kinder ca. 15 Kinder, die diese zu betreuen hat. Dies ist bundesweit der schlechteste Schlüssel. Das Land Brandenburg hat richtig in den letzten Jahren mehr für die frühkindliche Bildung insofern getan, dass unter anderem Sprachstandserhebungen eingeführt und Qualitätsnormen festgesetzt wurden. Für diese zusätzlichen Aufgaben wurde aber das Personal in den Einrichtungen nicht erhöht. Die entsprechenden Mehrkosten, die vom Finanzminister des Landes Brandenburg Herrn Speer (SPD) mit ca. 30 Mio. € pro Jahr angegeben wurden, sind bei einem Haushalt von ca. 9 Milliarden eine geringe Größe. Vielleicht sollte vorgeschlagen werden, dass Personaleinsparungen vorgenommen werden in den Verwaltungsbereichen wo Surfschulen aus touristischen Orten vertrieben oder Feuerwerke an bestehenden Gaststätten untersagt werden. Dieses Geld wäre dann gut zu verwenden, um das Personal in den Kitas aufstocken zu können.

Die Gemeinde Rangsdorf hat übrigens freiwillig eine Überschreitung des notwendigen pädagogischen Personals in den Einrichtungen in Rangsdorf von 10 % beschlossen, um die Personaldefizite bei der Verbesserung der Bildung auf Kosten der Gemeinde zum Teil zu beheben.

Zu den Herbstferien wurde eine vierte Klasse in der Grundschule aufgelöst und auf die anderen vier 4. Klassen verteilt. In diesen Klassen sind nun jeweils 26 Kinder.

Das Kita-Gebäude in der Stauffenbergallee wurde zum 01.12.2008 durch die Kita „Schwalbennest“ bezogen.

Auf Grund der Erfahrungen in den letzten Jahren für die Öffnungszeit der Gemeindeverwaltung in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr, d. h. den sehr geringen Besucherverkehr, bleibt die Gemeindeverwaltung zwischen dem 23.12.2008 (letzter Sprechtag) und 05.01.2009 (erster Sprechtag) mit der nachfolgend genannten Ausnahme geschlossen. Am Dienstag, den 30.12.2008 wird die Gemeindeverwaltung mit einer Notbesetzung von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr. geöffnet sein. An diesem Tag ist das Standesamt, das Gewerbeamt, das Einwohnermeldeamt, die Gemeindekasse, ein Mitarbeiter des Bauamtes und der Bürgermeister zugegen, um in der Zeit auftretende akute Probleme lösen zu können.

gez. Rocher